



EIDG. SCHIEDSKOMMISSION FÜR DIE VERWERTUNG VON URHEBERRECHTEN UND VERWANDTEN SCHUTZRECHTEN
COMMISSION ARBITRALE FEDERALE POUR LA GESTION DE DROITS D'AUTEUR ET DE DROITS VOISINS
COMMISSIONE ARBITRALE FEDERALE PER LA GESTIONE DEI DIRITTI D'AUTORE E DEI DIRITTI AFFINI
CUMISSIUN DA CUMPROMISS FEDERALA PER LA GESTIUN DA DRETGS D'AUTUR E DRETGS CUNFINANTS

Beschluss vom 10. November 2004
betreffend den Gemeinsamen Tarif S (GT S)

(Sender)

I. In tatsächlicher Hinsicht hat sich ergeben:

1. Die Gültigkeitsdauer des *Gemeinsamen Tarifs S* (Sender), den die Schiedskommission mit Beschluss vom 9. Dezember 1999 genehmigt und am 27. Oktober 2003 um ein Jahr verlängert hat, läuft am 31. Dezember 2004 ab. Mit Eingabe vom 24. Juni 2004 beantragen die an diesem Tarif beteiligten Verwertungsgesellschaften SUISA und Swissperform die Genehmigung eines neuen *GT S* in der Fassung vom 19. Mai 2004 mit einer Gültigkeitsdauer von fünf Jahren. Zusätzlich wird beantragt, dass die Schiedskommission ihre Zuständigkeit für die Beurteilung der Angemessenheit dieses neuen Tarifs auch hinsichtlich des Mitteilens von Sendeprogrammen im Internet (sog. Simulcasting und Webcasting) feststellt.
2. Dazu führen die beiden Verwertungsgesellschaften aus, dass die Anwendung des bisherigen Tarifs mit keinen besonderen Schwierigkeiten verbunden war. Insbesondere hätten sich die in der Eingabe vom 30. Juni 1999 geschilderten Inkassoschwierigkeiten nach dem Entscheid des Bundesgerichts vom Februar 1999 über den Anwendungsbereich von Art. 35 URG normalisiert. Das Total der Einnahmen der letzten vier Jahre aus dem *GT S* geben SUISA und Swissperform wie folgt an:

	2000	2001	2002	2003
SUISA	Fr. 6'097'009.-	Fr. 7'006'030.-	Fr. 5'684'099.-	5'392'197.-
Swissperform	Fr. 1'123'426.-	Fr. 1'733'142.-	Fr. 1'885'034.-	1'449'621.-

Die erhebliche Zunahme ihrer Einnahmen in den Jahren 2001 und 2002 führte die Swissperform in der Eingabe vom 28. Mai 2003 darauf zurück, dass die SRG damals im Fernsehbereich ebenfalls unter den *GT S* fiel (vgl. unten Ziff. 3). Die unterschiedliche Entwicklung der Einnahmen von SUISA und Swissperform in den letzten Jahren wird im vorliegenden Gesuch aber auch auf die erwähnten Inkassoschwierigkeiten bei den verwandten Schutzrechten zurückgeführt.

3. Die beiden am *GT S* beteiligten Verwertungsgesellschaften haben die Verhandlungen für einen neuen Tarif mit den folgenden Nutzerorganisationen geführt:

- Verband der Schweizer Regionalfernsehen (Telesuisse)
- Union nicht-kommerzorientierter Lokalradios (UNIKOM)
- Union romande de radios et de télévisions régionales (RRR)
- Verband Schweizer Privatradios (VSP).

Dazu geben sie an, dass die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR idée suisse (SRG) nicht mehr als Verhandlungspartner eingeladen worden ist, nachdem die bisherige Ziff. 2 des *GT S*, welche die subsidiäre Anwendbarkeit dieses Tarifs auf die SRG vorsah, gestrichen wurde.

Zu den Verhandlungen selbst führen die Verwertungsgesellschaften aus, dass erste Gespräche bereits Anfang des Jahres 2003 aufgenommen worden sind. Dabei sei ein von den Verhandlungspartnern verlangter Branchentarif für Sender abgelehnt worden (vgl. dazu den Beschluss vom 27. Oktober 2003 betr. den *GT S*, Ziff. I/3). Nach Genehmigung der einjährigen Verlängerung seien die Verhandlungen im Herbst 2003 mit einem neuen Tarifentwurf wieder aufgenommen worden. SUISA und Swissperform gehen davon aus, dass nach weiteren sieben Verhandlungsrunden mit der zur Genehmigung eingereichten Fassung vom 19. Mai 2004 letztlich ein Kompromiss gefunden werden konnte, dem sämtliche Nutzerorganisationen zugestimmt haben.

4. Die wesentlichen von den Verwertungsgesellschaften erläuterten Änderungen im neuen *GT S* sind:

- Die Umschreibung des Kundenkreises und des tariflich geregelten Nutzungsumfangs sowie der Einbezug von sendeähnlichen Mitteilungstatbeständen (Ziff. 2 und 4);
- Verschiedene Ergänzungen in der Berechnungsbasis bei der Aufzählung der Einnahmequellen (Ziff. 9.1);
- Die Regelung für den Fall, dass ein Sender mehrere Programme ausstrahlt (Ziff. 12 und 12.1);
- Neue, nutzungsabhängigere Ansätze für Radiosendungen (Ziff. 13.1.a und 13.2.a sowie die Übergangsregelung in Ziff. 13.4);
- Die Regelung für die Berechnung der Entschädigung bei Programmübernahmen (Ziff. 13.1.c und 13.2.c);
- Die Anpassung der Ansätze für Musik bzw. verwandte Schutzrechte in Fernsehprogrammen (Ziff. 14 und 16);
- Die Regelung der Mindestentschädigung (Ziff. 17)

- Die Bestimmungen betr. Ablieferung der Verzeichnisse und Ausstrahlung von Werbefilmen im Fernsehen (Ziff. 26 bis 36).

SUISA und Swissperform gehen gestützt auf Art. 60 URG von der Angemessenheit des neuen Tarifs aus. Zudem geben sie an, dass sie sich mit allen Nutzerverbänden auf den neuen Tarif einigen konnten, was ebenfalls ein Indiz für dessen Angemessenheit sei. Sie sind ausserdem der Auffassung, dass die in Ziff. 17 geregelte Mindestentschädigung in Einzelfällen zur Anwendung gelangen dürfte, vor allem wenn zeitlich beschränkte Nutzungen stattfinden oder die Einnahmen bzw. die Kosten nur schwerlich zu ermitteln sind. Die tief angesetzten Mindestentschädigungen erlaube es in diesen Fällen, den Kunden auf einfache Art und Weise und ohne grossen bürokratischen Aufwand eine Lizenz zu erteilen. Sie vermuten auch, dass die vorgesehenen Mindestvergütungen nicht vorwiegend bei den 'klassischen' Radios zur Anwendung gelangen, sondern eher bei den so genannten Webradios. Aber hier könne ebenfalls nicht von einer Regel ausgegangen werden, gebe es doch auch Webradios mit redaktionellem Teil, welche nicht unter die Mindestvergütung fallen.

5. Mit Präsidialverfügung vom 30. Juni 2004 wurde der Tarif gestützt auf Art. 10 Abs. 2 URV den Verhandlungspartnern zur Stellungnahme zugestellt. Den Vernehmlassungsadressaten wurde eine Frist bis zum 16. August 2004 angesetzt, um sich zum Antrag zu äussern; dies unter Hinweis darauf, dass im Säumnisfall Zustimmung dazu angenommen wird. Gleichzeitig wurde gemäss Art. 57 Abs. 2 URG in Verbindung mit Art. 10 Abs. 1 URV die Spruchkammer zur Behandlung des Gesuchs der beiden Verwertungsgesellschaften eingesetzt.

In der Folge sprach sich mit Schreiben vom 16. August 2004 die Union romande de radios et de télévisions régionales (RRR) gegen jegliche Erhöhung der Vergütungen aus. Dies wird damit begründet, dass die vorgenommene Erhöhung weder durch die Konjunktur noch durch erhöhte Lebenshaltungskosten zu rechtfertigen sei. Der Einnahmerückgang während der Jahre 2000 bis 2003 der Verwertungsgesellschaften aus dem *GT S* würde nur die konjunkturelle Situation widerspiegeln. Die Ansätze des *GT S* zu erhöhen, um die schlechte Konjunktur auszugleichen, schwäche lediglich die Stellung der Privatradios, die bereits jetzt erheblich unter der gegenwärtigen Situation litten. Die weiteren Verhandlungspartner (Telesuisse UNIKOM und VSP) enthielten sich einer Stellungnahme.

-
6. Gestützt auf Art. 15 Abs. 2^{bis} des Preisüberwachungsgesetzes vom 20. Dezember 1985 (PüG) wurde die Tarifvorlage anschliessend dem Preisüberwacher zur Stellungnahme unterbreitet.

Mit Antwort vom 21. September 2004 erachtet der Preisüberwacher die beantragten Tarifsätze nicht als missbräuchlich. Dies begründet er mit dem Umstand, dass sich die Verwertungsgesellschaften mit den massgebenden Nutzerorganisationen mit Ausnahme von RRR auf einen neuen Tarif haben einigen können und in der Annahme, dass die Zustimmung der Betroffenen ein wichtiges Indiz dafür bildet, dass der Tarif nicht auf einer missbräuchlichen Ausnutzung der Monopolstellung der Verwertungsgesellschaften beruht. Zudem begrüsst er die feinere und damit auch nutzungsabhängigere Abstufung in den Ziff. 13.1.a und 13.2.a und weist darauf hin, dass die in diesen Ziffern enthaltene Tariferhöhung gemäss der Übergangsregelung von Ziff. 13.4 auf mehrere Jahre verteilt und damit ihre volle Wirkung erst 2009 entfalten wird.

7. Da die RRR mit dem vorgelegten Tarif offenbar nicht einverstanden ist, wurde die heutige Sitzung einberufen (Art. 12 f. URV). Anlässlich dieser Sitzung bestätigen die Verwertungsgesellschaften die in der schriftlichen Eingabe vom 24. Juni 2004 gestellten Anträge. Zusätzlich verlangen sie, dass der Antrag von RRR auf Beibehaltung der bisherigen Tarifsätze abzuweisen und dieser Vereinigung ein Teil der Kosten dieses Verfahrens aufzuerlegen sei. RRR hält daran fest, dass eine Tariferhöhung im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld für die Regionalsender nicht tragbar ist. Eine Erhöhung der Vergütungen für Urheber- und Leistungsschutzrechte bei abnehmenden Einnahmen der Sender wird abgelehnt.
8. Der mit Eingabe der beiden Verwertungsgesellschaften SUIISA und Swissperform vom 24. Juni 2004 zur Genehmigung vorgelegte *GT S* (Sender) hat in der Fassung vom 19. Mai 2004 in den drei Amtssprachen den folgenden Wortlaut:

SUISA

Schweizerische Gesellschaft für die Rechte der Urheber musikalischer Werke

SWISSPERFORM

Schweizerische Gesellschaft für die verwandten Schutzrechte

Gemeinsamer Tarif S**Sender**

Entwurf vom 19.05.2004

A. Kundenkreis

- 1 Dieser Tarif richtet sich an Unternehmen, welche Radio- und/oder Fernsehprogramme senden oder direkt in Kabelnetze einspeisen.
Sie werden nachstehend als "Sender" bezeichnet.
- 2 Den Sendern im Sinne dieses Tarifs gleichgestellt sind Personen oder Unternehmen, die geschützte Werke und Leistungen als Radio- und/oder Fernsehprogramme oder in anderer Form zeitgleich und unverändert über Internet und andere IP-basierte Netze mitteilen.

B. Gegenstand des Tarifs

- 3 Der Tarif bezieht sich auf die Nutzung von
 - durch Urheberrechte geschützten Werken der nichttheatralischen Musik - mit oder ohne Text - des von der SUISA verwalteten Weltrepertoires (nachstehend "Musik")
 - durch verwandte Schutzrechte geschützten im Handel erhältlichen Ton- oder Tonbildträgern (Art. 35 URG).
- 4 Der Tarif bezieht sich auf die folgenden Verwendungen:
 - Senden (terrestrisch, durch direktes Einspeisen und Mitteilen in Kabelnetzen oder über Satelliten)
 - Zeitgleiches und unverändertes Einspeisen und Mitteilen (Wahrnehmbarmachen) von Werken und Leistungen im Internet und in anderen IP-basierten Netzen durch den Sender parallel zum Senden (Simulcasting)
 - Direktes Einspeisen und Mitteilen (Wahrnehmbarmachen) von Werken und Leistungen im Internet und anderen IP-basierten Netzen ohne parallele Sendung (Webcasting)

- Hinsichtlich der Urheberrechte an Musik: Aufnahme oder Überspielung auf Ton- oder Tonbildträger durch den Sender; diese Träger dürfen nur zu Sendungen und Verbreitungen gemäss diesem Tarif und zu Sendungen anderer Sender verwendet werden, mit denen die SUISA oder eine ihrer ausländischen Schwestergesellschaften Verträge schloss; für alle anderen Verwendungen bedarf es einer besonderen Bewilligung der SUISA.
- Hinsichtlich der verwandten Schutzrechte: Die Vergütungsansprüche nach Art. 35 Abs. 1 URG für die Verwendung eines im Handel erhältlichen geschützten Ton- oder Tonbildträgers.

Hinsichtlich der Mitteilung von Leistungen in Kabelnetzen und/oder im Internet sind nur Mitteilungen in diesem Tarif geregelt, die dem schweizerischen und/oder dem liechtensteinischen Recht unterstehen. Die Vergütung bezieht sich in diesen Fällen nur auf Verwendungshandlungen gemäss Art. 35 des schweizerischen URG und Art. 41 des liechtensteinischen URG.

- 5 SUISA und SWISSPERFORM verfügen nicht über die Persönlichkeitsrechte der Berechtigten: Der Sender beachtet diese Persönlichkeitsrechte, insbesondere bei der Vertonung audiovisueller Produkte.

SWISSPERFORM verfügt nicht über die ausschliesslichen Rechte der Interpreten und der Tonträgerhersteller.

Die Vertonung von Spielfilmen, Fernsehserien, Werbesendungen und ähnlichen Produktionen mit Reklamecharakter bedarf stets einer besonderen Bewilligung der Verwertungsgesellschaften oder der Rechteinhaber.

- 6 Vom Tarif ausgenommen sind die in anderen Tarifen geregelten Sendungen und Verbreitungen, insbesondere
- Sendungen der SRG
 - Sendung und Verbreitung von sogenannten Pay-Radio- und Pay-TV-Programmen
 - Weiterverbreitung von Sendungen in Kabelnetzen oder durch Umsetzer
 - Verbreitung über Netzwerke, die den individuellen Abruf von urheberrechtlich geschützten Werken und Leistungen zu einem beliebigen Zeitpunkt und von einem beliebigen Ort aus erlaubt (z. B. on-demand-Dienste, zeitverschobenes Abrufen von Sendungen)
 - das zeitverschobene Abrufbarmachen von Sendungen.

C. Verwertungsgesellschaften, gemeinsame Zahlstelle

- 7 Die SUISA ist für diesen Tarif Vertreterin und gemeinsame Zahlstelle auch für SWISSPERFORM.

D. Vergütung

a) *Berechnungsbasis*

- 8 Die Vergütung wird in der Regel in Prozenten der Einnahmen des Senders berechnet (unter Vorbehalt von Ziffer 11).
- 9.1 Einnahmen im Sinne des Tarifs sind alle geldwerten Leistungen, welche auf Grund der Sendetätigkeit und/oder auf Grund der Mitteilung in Netzen eingenommen werden. Zu diesen Einnahmen zählen insbesondere:
- Werbeeinnahmen
 - Einnahmen aus der Sendung von Mitteilungen und Anzeigen
 - Sponsorbeiträge
 - durch Bartering erhaltene Leistungen (als solche gilt der Nettowert der vom Sender zur Verfügung gestellten Leistung)
 - Einnahmen aus Ausseneinsätzen, (z.B. Sendungen von Messen, Ausstellungen, Dorffesten etc.
 - Einnahmen aus der Zuhörer-/Zuschauerbeteiligung (Telekiosk-/Gebührennummern; z. B. Ted- oder SMS-Umfrage). Als Einnahmen gelten die dem Sender zufließenden Beträge.
 - Einnahmen aus Empfangsbewilligungen (Gebührensplitting, Art. 17 RTVG)
 - Finanzhilfen (Art. 20 RTVG)
 - Subventionen, beanspruchte Defizitgarantien und andere Zuwendungen, die zur Finanzierung der Sendetätigkeit dienen.
- 9.2 Zu den Einnahmen im Sinne von Ziff. 9.1 dieses Tarifs zählen auch Einnahmen von Drittfirmen, insbesondere von Produktionsfirmen oder Werbeakquisitionsfirmen, soweit sie auf Grund der Sende-/Mitteilungstätigkeit des Senders eingenommen werden .
- 10 Von den Einnahmen aus Aufträgen für Werbung, Sponsoring, Mitteilungen und Anzeigen können die effektiven Kosten für das Einholen dieser Aufträge abgezogen werden, höchstens jedoch 40% der von den Auftraggebern bezahlten Beträge.
- 11 Die Vergütung wird in Prozenten des Betriebsaufwands (Kosten aller mit dem Senden verbundenen Tätigkeiten) des Senders berechnet,
- wenn sich die Einnahmen nicht ermitteln lassen oder keine Einnahmen erzielt werden
 - wenn der Sender im voraus davon ausgeht, die Kosten ganz oder teilweise aus eigenen Mitteln zu decken.

12 Veranstatet der Sender mehrere selbständige Programme, werden die Einnahmen oder die Kosten nach Möglichkeit den Programmen zugewiesen für welche sie angefallen sind. Die nachstehenden Bestimmungen über die Prozentsätze, bzw. die Mindestentschädigung, sind auf jedes Programm einzeln anzuwenden. Die Bezeichnung „Sender“ bezieht sich im folgenden auch auf diejenigen Unternehmenseinheiten eines Senders, welche ein selbständig im Sinne dieser Bestimmungen abrechnungsfähiges Programm verbreiten.

12.1 Sofern Einnahmen dem Sender gesamthaft zukommen, werden diese im Verhältnis der von der Kontrollstelle des Senders bestätigten Kosten auf die einzelnen Programme verteilt.

b) *Radio-Programme*

13 Der Prozentsatz beträgt für

13.1 *Urheberrechte an Musik*

13.1.a Sender mit Nettowerbeeinnahmen von mehr als Fr. 2.5 Mio jährlich.

Für Programme mit einem Anteil geschützter Musik an der Sendezeit von

weniger als 20 %	1 %
20 % bis weniger als 30 %	2 %
30 % bis weniger als 40 %	3 %
40 % bis weniger als 50 %	4 %
50 % bis weniger als 60 %	5 %
60 % bis weniger als 70 %	6 %
70% bis weniger als 80%	7 %
80% bis weniger als 90%	8 %
90% und mehr	9 %

13.1.b Sender mit Nettowerbeeinnahmen von unter Fr. 2.5 Mio. jährlich.

Für Programme mit einem Anteil geschützter Musik an der Sendezeit von

weniger als 10 %	1 %
10 % bis weniger als 30 %	2 %
30 % bis weniger als 50 %	3 %
50 % bis weniger als 70 %	5 %
70 % bis weniger als 90 %	7 %
90 % und mehr	9 %

13.1.c Als Anteil geschützter Musik gilt der Anteil der über den Sender ausgestrahlten urheberrechtlich geschützten Musik an der Gesamtsendezeit unter Einschluss der in internen und externen Sendungs- und Programmübernahmen enthaltenen Musik.

13.2 verwandte Schutzrechte

13.2.a Sender mit Nettowerbeeinnahmen von mehr als Fr. 2.5 Mio. jährlich.

Für Programme mit einem Anteil von geschützten Handelstonträgern an der Sendezeit von

weniger als 20 %	0.3 %
20 % bis weniger als 30 %	0.6 %
30 % bis weniger als 40 %	0.9 %
40 % bis weniger als 50 %	1.2 %
50 % bis weniger als 60 %	1.5 %
60 % bis weniger als 70 %	1.8 %
70% bis weniger als 80%	2.1 %
80% bis weniger als 90%	2.4 %
90% und mehr	2.7 %

13.2.b Sender mit Nettowerbeeinnahmen von unter Fr. 2.5 Mio. jährlich.

Für Programme mit einem Anteil von geschützten Handelstonträgern an der Sendezeit von

weniger als 10 %	0.3 %
10 % bis weniger als 30 %	0.6 %
30 % bis weniger als 50 %	0.9 %
50 % bis weniger als 70 %	1.5 %
70 % bis weniger als 90 %	2.1 %
90 % und mehr	2.7 %

13.2.c Als Anteil geschützter Handelstonträger gilt der Anteil der über den Sender ausgestrahlten geschützten Handelstonträger an der Gesamtsendezeit unter Einschluss der in internen und externen Sendungs- und Programmübernahmen enthaltenen Handelstonträger.

13.3 Ermässigung für finanzschwache Sender

Radiosender mit lediglich lokaler Verbreitung erhalten auf den in Ziff. 13.1.a und 13.2.a genannten Vergütungssätzen eine Reduktion von 10%, wenn sich die Einnahmen auf nicht mehr als Fr. 700'000.- pro Jahr belaufen.

13.4 Übergangsregelung für Sender mit Nettowerbeeinnahmen von mehr als 2.5 Mio. jährlich:

Für diese Sender wird jährlich auch eine Abrechnung nach Ziff. 13.1 b) und 13.2 b) erstellt.

Für die Schlussabrechnung des Jahres 2005 bezahlt der Sender den tieferen Betrag der beiden Abrechnungen.

Für die Schlussabrechnung 2006 bezahlt der Sender nicht mehr als den gemäss Ziff. 13.1 b) und 13.2 b) berechneten Betrag plus 10%

Für die Schlussabrechnung 2007 bezahlt der Sender nicht mehr als den gemäss Ziff. 13.1 b) und 13.2 b) berechneten Betrag plus 20%

Für die Schlussabrechnung 2008 bezahlt der Sender nicht mehr als den gemäss Ziff. 13.1 b) und 13.2 b) berechneten Betrag plus 30%

Für die Schlussabrechnung 2009 bezahlt der Sender den gemäss Ziff. 13.1 a) und 13.2 a) berechneten Betrag.

c) *Fernseh-Programme*

14 Der Prozentsatz beträgt für Urheberrechte an Musik

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| - Programme, in denen zu mehr als 1/3 der Sendezeit Musikfilme, Konzertfilme oder Videoclips gezeigt werden | 3.3 % |
| - Programme, in denen fast ausschliesslich Spiel- und Fernsehfilme gezeigt werden | 1.32 % |
| - Programme, in denen die Dauer der Musik nicht mehr als 10% der gesamten Sendedauer beträgt, unabhängig davon, ob es sich um Vorder- oder Hintergrundmusik handelt | 0.4 % |
| - Programme mit einer Musikdauer von über 10% und nicht mehr als 20%, unabhängig davon, ob es sich um Vorder- oder Hintergrundmusik handelt | 1 % |
| - andere Programme | 2 % |

15 Der Prozentsatz beträgt für verwandte Schutzrechte

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| - Programme, in denen zu mehr als 1/3 der Sendezeit Musikfilme, Konzertfilme oder Videoclips gezeigt werden | 1.0 % |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|

- Programme, in denen fast nur Spiel- und Fernsehfilme gezeigt werden 0.06 %
- Programme, in denen die Dauer der Musik nicht mehr als 10% der gesamten Sendedauer beträgt, unabhängig davon, ob es sich um Vorder- oder Hintergrundmusik handelt 0.12 %
- Programme mit einer Musikdauer von über 10% und nicht mehr als 20% unabhängig davon, ob es sich um Vorder- oder Hintergrundmusik handelt 0.18 %
- andere Programme 0.36 %

16 Fernseh-"Programm" ist die übliche, in der Regel publizierte Programmzeit ohne Test-, Text- oder Standbilder.

Erhält der Sender jedoch aus der Sendung von Text- oder Standbildern Einnahmen (z.B. aus Werbung, Sponsoring etc.) und werden diese Sendungen mit Musik und/oder im Handel erhältlichen Tonträgern unterlegt, so werden sie als Bestandteil des Programms betrachtet und bei der Berechnung der Prozentsätze gemäss Ziff. 14 und 15 berücksichtigt.

d) *Mindestentschädigung*

17 Die Entschädigung beträgt monatlich mindestens

- für Radio-Sender

Fr. 330.- für Urheberrechte

Fr. 100.- für verwandte Schutzrechte

für Webradios mit bis zu 25 gleichzeitig möglichen Zugriffen

Fr. 100.- für Urheberrechte

Fr. 30.- für verwandte Schutzrechte

mit mehr als 25 gleichzeitigen möglichen Zugriffen

Fr. 200.- für Urheberrechte

Fr. 60.- für verwandte Schutzrechte

- für Fernseh-Sender mindestens

Fr. 40.- für Urheberrechte

Fr. 12.- für verwandte Schutzrechte

Beschränkt sich die Sende-/Mitteilungstätigkeit nur auf einzelne Tage oder Stunden, gilt 1/30 der Mindestentschädigungen pro 24 Stunden. Jeder angefangene Block von 24 Stunden zählt als ganzer Block.

e) *Zuschlag im Falle von Rechtsverletzungen*

- 18 Alle in diesem Tarif genannten Vergütungen werden verdoppelt, wenn
- Musik ohne Bewilligung der SUISA verwendet wird
 - wenn ein Sender absichtlich oder grobfahrlässig keine, unrichtige oder lückenhafte Angaben oder Abrechnungen liefert; die Verdoppelung wird auf die falschen, lückenhaften oder fehlenden Angaben angewendet.
- 19 Die Geltendmachung eines darüber hinausgehenden Schadenersatzes bleibt vorbehalten.

f) *Steuern*

- 20 Die Vergütungen verstehen sich ohne eine allfällige Mehrwertsteuer, welche zum jeweils gültigen Steuersatz hinzukommt und vom Sender zu bezahlen ist.

E. Abrechnung

- 21 Die Sender teilen der SUISA normalerweise jährlich mit
- so früh wie möglich, jedoch spätestens bis Ende Mai: alle Angaben, die zur Berechnung der Vergütung für das Vorjahr erforderlich sind
 - in den ersten zwei Betriebsjahren, danach auf Verlangen, bis Ende Januar: die budgetierten Einnahmen und den voraussichtlichen Musikanteil für das laufende Jahr sowie den voraussichtlichen Anteil von geschützten im Handel erhältlichen Ton- und Tonbild-Trägern.
- 22 Die SUISA kann zur Prüfung der Angaben Belege verlangen, insbesondere Bilanz und Betriebsrechnung und eine Bestätigung der Kontrollstelle des Senders sowie der Produktions- und Akquisitionsgesellschaften, soweit es sich bei diesen Firmen um die Angaben betreffend die Finanzierung der Sendetätigkeit gemäss Ziff. 9.2 des Tarifs handelt.

Die SUISA kann auch während der Arbeitszeit und nach Voranmeldung Einsicht in die Bücher des Senders nehmen. Die Prüfung der für die Abrechnung relevanten Angaben von Produktions- und Akquisitionsgesellschaften kann durch einen neutralen Fachmann vorgenommen werden.

F. Zahlung

- 23 Die Vergütungen sind innert 30 Tagen seit Rechnungstellung oder zu den in der Bewilligung genannten Terminen zahlbar.

- 24 Die SUIISA kann Akontozahlungen und/oder andere Sicherheiten verlangen.
Die Akontozahlungen werden in der Regel in den ersten zwei Betriebsjahren aufgrund der voraussichtlichen Höhe der Entschädigungen festgelegt, danach aufgrund der Abrechnung für das Vorjahr.

G. Verzeichnisse

- 25 Sofern in der Bewilligung nichts anderes bestimmt wird, stellen die Sender der SUIISA folgende Angaben zu:

a) *Radio*

- 26 Die Sender melden der SUIISA die in ihren Programmen gesendeten Musik bzw. Ton- und Tonbildträger.

- 27 Die Angaben enthalten

- Titel des Musikwerks
- Name des Komponisten
- Name des Interpreten
- Label und Katalog-Nr. der benützten Tonträger oder einen anderen Identifikationscode
- Sendezeit
- Sendedauer der im Erhebungszeitraum gesendeten Werke und Tonträger.

- 28 Anstelle der Meldung der einzelnen gesendeten Tonträger können die Parteien auch andere Erhebungsmodalitäten über den Umfang und die Art der verwendeten geschützten Tonträger vereinbaren.

- 29 Die Radiosender geben der SUIISA auf Verlangen alle ausgestrahlten Werbespots bekannt nach

- Titel der Werbesendungen
- Erzeugnis oder Dienstleistung für welche geworben wird
- Firma, die für ihr Erzeugnis oder ihre Dienstleistung wirbt.

Für die Werbespots, welche die Sender selber im Auftrag produzieren, genügt die Meldung gemäss Tarif PN der SUIISA.

b) *Fernsehen*

- 30 Fernsehsender melden der SUIISA alle ausgestrahlten, von Dritten und nicht im Auftrag des Senders hergestellten Spiel-, Fernseh- und Dokumentarfilme mit den Angaben:

- Originaltitel des Films
- Name des Produzenten
- Ursprungsland des Films
- Sendedauer

- Sendezeit
 - zur Ausstrahlung verwendete Träger.
- 31 Die Fernsehsender sorgen dafür, dass der SUIISA alle Werbefilme, die zur Ausstrahlung vorgesehen sind und für welche noch keine Bescheinigung vorliegt (sog. SUIISA-Nummer), vorgängig gemeldet werden.
- 32 Die SUIISA erteilt den Fernsehsendern das "Gut zur Sendung" (sog. SUIISA-Nummer) und stellt damit die Sender von Ansprüchen Dritter hinsichtlich der Musiksenderechte frei.
- 33 Das Einverständnis der SUIISA gilt ohne Gegenbericht innert 10 Tagen seit Erhalt der Meldung als erteilt. Die Fernsehsender strahlen keine Werbefilme aus für welche keine SUIISA-Bescheinigung vorliegt.
- 34 Die Fernsehsender melden der SUIISA monatlich, wie oft und in welchen Fernsehprogrammen welche Werbefilme ausgestrahlt wurden.
- 35 Die Fernsehsender melden der SUIISA ferner die Musik, die sie selber oder ihre Auftragnehmer zur Vertonung ihrer Sendungen auswählen sowie die Musik in Konzertübertragungen mit den in Ziff. 30 genannten Angaben.
- 36 Sprachregionale und internationale Sender übergeben der SUIISA vollständige Angaben über alle gesendete Musik.
- c) *Gemeinsame Bestimmungen*
- 37 Die von anderen Sendern regelmässig übernommenen Programme sind mit den folgenden Angaben der SUIISA mitzuteilen
- Name des Senders
 - Zahl der Sendestunden der übernommenen Programme.
- 38 Die Sender melden die Angaben gemäss Ziff. 25 bis 37 in elektronischer Form in einem standardisierten importierbaren Format.
- d) *Termine*
- 39 Alle Angaben sind der SUIISA monatlich jeweils bis zum Ende des folgenden Monats zuzustellen.
- 40 Werden Verzeichnisse und Meldungen auch nach einer schriftlichen Mahnung nicht innert Nachfrist eingereicht, so kann die SUIISA und/oder die SWISSPERFORM fehlende Angaben, welche für die Bemessung der Vergütung relevant sind, schätzen. Sie kann überdies eine zusätzliche Vergütung verlangen von Fr. 100.-- pro Monat. Diese wird im Wiederholungsfall verdoppelt. Vorbehalten bleiben die in Ziff. 18 genannten Massnahmen.

H. Gültigkeitsdauer

41 Dieser Tarif ist vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2009 gültig.

42 Bei wesentlichen Änderungen der Verhältnisse kann er vorzeitig revidiert werden.

Er kann in jedem Fall vorzeitig revidiert werden mit Bezug auf Fernsehprogramme, die mehr als 2/3 der Sendezeit Musikfilme, Konzertfilme oder Videoclips enthalten.

SUISA

Société suisse pour les droits des auteurs d'œuvres musicales

SWISSPERFORM

Société suisse pour les droits voisins

Tarif commun S**Emetteurs**

Projet du 19.05.2004

A. Clients concernés

- 1 Le présent tarif s'adresse aux organismes qui diffusent des programmes de radio et/ou de télévision ou qui font transmettre directement ces programmes par des réseaux câblés.
Ils sont dénommés ci-après « émetteurs ».
- 2 Sont assimilés aux émetteurs au sens de ce tarif les personnes ou les entreprises qui communiquent des œuvres protégées et des prestations sous forme de programmes de radio et/ou de télévision ou sous une autre forme, simultanément et de manière inchangée sur Internet ou sur d'autres réseaux de base IP.

B. Objet du présent tarif

- 3 Ce tarif se rapporte à l'utilisation
 - des œuvres de musique non théâtrale protégées par le droit d'auteur, avec ou sans texte, appartenant au répertoire mondial géré par SUISA (appelées ci-après "musique")
 - de phonogrammes ou vidéogrammes protégés par les droits voisins, disponibles sur le marché (art. 35 LDA).
- 4 Le tarif se rapporte aux utilisations suivantes
 - diffusion (par voie terrestre, injection directe et transmission dans les réseaux câblés ou par satellites)
 - injection et communication simultanées et identiques (faire voir ou entendre) d'œuvres et de prestations sur Internet ou d'autres réseaux sur base IP par l'émetteur parallèlement à l'émission (Simulcasting)
 - injection directe et communication (faire voir ou entendre) d'œuvres et de prestations sur Internet ou d'autres réseaux sur base IP sans émission parallèle (Webcasting)

- en ce qui concerne les droits d'auteur sur la musique : enregistrement ou réenregistrement par l'émetteur sur phonogrammes ou vidéogrammes; ces supports ne peuvent être utilisés que pour des émissions et des diffusions conformément à ce tarif et pour des émissions d'autres émetteurs avec lesquels SUISA ou une de ses sociétés-sœurs étrangères a conclu des contrats; toutes les autres utilisations nécessitent une autorisation spéciale de SUISA.
- en ce qui concerne les droits voisins : les droits à rémunération au sens de l'art. 35 al. 1 LDA pour l'utilisation de phonogrammes ou de vidéogrammes protégés disponibles sur le marché.

Du point de vue de la communication de prestations sur des réseaux câblés et/ou sur Internet, le présent tarif ne régit que les communications en Suisse et au Liechtenstein. La redevance se rapporte en l'occurrence uniquement aux utilisations effectuées conformément à l'art. 35 LDA en Suisse et à l'art. 41 de la loi sur le droit d'auteur du Liechtenstein.

- 5 SUISA et SWISSPERFORM ne disposent pas des droits de la personnalité des ayants droit: l'émetteur s'oblige à respecter ces droits, notamment pour la sonorisation de produits audiovisuels.

SWISSPERFORM ne dispose pas des droits exclusifs des interprètes et des producteurs de phonogrammes.

La sonorisation musicale de films, de séries télévisées, d'émissions publicitaires et d'autres productions similaires à caractère publicitaire nécessite toujours une autorisation spéciale des sociétés de gestion ou des ayants droit.

- 6 Sont exceptées de ce tarif les émissions et transmissions faisant l'objet d'autres tarifs, notamment
- les émissions de la SSR,
 - l'émission et la transmission des programmes de radio et de télévision dits « à péage » (Pay-Radio, Pay-TV),
 - la retransmission d'émissions sur des réseaux câblés ou au moyen de réémetteurs.
 - la diffusion par des réseaux qui permettent la demande individuelle d'œuvres et de prestations protégées par le droit d'auteur à tout moment et à partir de tout lieu (p. ex. services on-demand, appel d'émissions en différé)
 - la mise à disposition d'émissions en différé.

C. Sociétés de gestion, organe commun d'encaissement

- 7 SUISA fait office, pour ce tarif, de représentante de SWISSPERFORM et d'organe commun d'encaissement.

D. Redevance*a) Base de calcul*

8 La redevance est calculée, en règle générale, sous la forme d'un pourcentage des revenus de l'émetteur (sous réserve du chiffre 11).

9.1 Sont considérés comme des revenus au sens de ce tarif, tous les revenus provenant de l'activité d'émission et/ou de la communication sur des réseaux, notamment:

- les revenus publicitaires
- les revenus provenant des annonces et des informations
- les montants versés par des sponsors
- les prestations obtenues par commerce d'échange (comme telles compte la valeur nette des prestations mises à disposition par l'émetteur)
- les recettes d'activités à l'extérieur, (p. ex. émissions depuis des salons, des expositions, des kermesses, etc.)
- les recettes de participations d'auditeurs/télespectateurs (Télékiosque/numéros surtaxés ; p.ex. vote par TED ou SMS). Seuls comptent les montants versés aux émetteurs
- les recettes provenant des autorisations de réception (quote-part du produit de la redevance, art. 17 LRTV)
- les soutiens financiers (art. 20 LRTV)
- les subventions, les garanties de déficit utilisées et les autres contributions servant à financer l'activité d'émission de l'émetteur.

9.2 Sont également considérés comme des revenus au sens du chiffre 9.1 de ce tarif, les recettes de sociétés tierces, en particulier de sociétés de production ou d'acquisition de publicité, dans la mesure où elles sont perçues au titre de l'activité d'émission/de communication de l'émetteur.

10 Peuvent être déduits des revenus les frais effectifs découlant de l'acquisition des contrats de publicité, de sponsoring, d'annonces et d'informations, sans dépasser toutefois 40% des montants payés par les annonceurs.

11 La redevance est calculée sous forme d'un pourcentage des frais d'exploitation de l'émetteur (coûts de toutes les activités en corrélation avec la diffusion)

- s'il est impossible d'établir les revenus ou en l'absence de revenus
- si l'émetteur prévoit devoir couvrir partiellement ou totalement les frais par ses propres moyens.

12 Si l'émetteur diffuse plusieurs programmes autonomes, les recettes ou les frais sont attribués dans la mesure du possible aux programmes qui les génèrent. Les dispositions ci-après sur les pourcentages, respectivement sur la redevance minimale, doivent être appliquées séparément pour chaque programme. La désignation

« émetteur » se rapporte ci-après également aux unités d'entreprise d'un émetteur qui diffusent un propre programme, qui doit être décompté conformément à ces dispositions.

- 12.1 Si l'émetteur perçoit ses recettes en bloc, celles-ci sont réparties sur les différents programmes en proportion des coûts confirmés par l'organe de contrôle de l'émetteur.

b) Programmes de radio

13 Le pourcentage s'élève pour

13.1 *Droits d'auteur sur la musique*

- 13.1.a Emetteurs dont les recettes publicitaires nettes sont supérieures à CHF 2.5 millions par an.

Programmes comportant de la musique protégée dans une proportion du temps d'antenne de

moins de 20 %	1 %
20 % à moins de 30 %	2 %
30 % à moins de 40 %	3 %
40 % à moins de 50 %	4 %
50 % à moins de 60 %	5 %
60 % à moins de 70 %	6 %
70 % à moins de 80 %	7 %
80 % à moins de 90 %	8 %
90 % et plus	9 %

- 13.1.b Emetteurs dont les recettes publicitaires nettes sont inférieures à CHF 2.5 millions par an.

Programmes comportant de la musique protégée dans une proportion du temps d'antenne de

moins de 10 %	1 %
10 % à moins de 30 %	2 %
30 % à moins de 50 %	3 %
50 % à moins de 70 %	5 %
70 % à moins de 90 %	7 %
90 % et plus	9 %

- 13.1.c On entend par proportion de musique protégée la proportion de musique protégée par le droit d'auteur diffusée par l'émetteur sur le temps d'antenne total, y compris la musique contenue dans les reprises d'émissions et de programmes internes et externes.

13.2 *Droits voisins*

- 13.2.a Emetteurs dont les recettes publicitaires nettes sont supérieures à CHF 2.5 millions par an.

Programmes comportant des phonogrammes du commerce protégés dans une proportion du temps d'antenne de

moins de 20 %	0.3 %
20 % à moins de 30 %	0.6 %
30 % à moins de 40 %	0.9 %
40 % à moins de 50 %	1.2 %
50 % à moins de 60 %	1.5 %
60 % à moins de 70 %	1.8 %
70 % à moins de 80 %	2.1 %
80 % à moins de 90 %	2.4 %
90 % et plus	2.7 %

13.2.b Emetteurs dont les recettes publicitaires nettes sont inférieures à CHF 2.5 millions par an.

Programmes comportant des phonogrammes du commerce protégés dans une proportion du temps d'antenne de:

moins de 10 %	0.3 %
10 % à moins de 30 %	0.6 %
30 % à moins de 50 %	0.9 %
50 % à moins de 70 %	1.5 %
70 % à moins de 90 %	2.1 %
90 % et plus	2.7 %

13.2.c On entend par proportion de phonogrammes du commerce protégés la proportion de phonogrammes du commerce protégés diffusés par l'émetteur sur le temps d'antenne total, y compris les phonogrammes du commerce contenus dans les reprises d'émissions et de programmes internes et externes.

13.3 Réduction pour émetteurs à faible budget

Les émetteurs de radio qui ont une diffusion exclusivement locale ont droit à une réduction de 10% sur les taux de redevances fixés aux ch. 13.1.a et 13.2.a, pour autant que leurs recettes ne soient pas supérieures à CHF 700'000.– par année.

13.4 Réglementation transitoire pour les émetteurs dont les recettes publicitaires nettes sont supérieures à CHF 2.5 millions par an :

Un décompte selon les ch. 13.1 b) et 13.2 b) est également établi pour ces émetteurs.

Pour le décompte final de 2005, l'émetteur verse le montant le plus bas des deux décomptes.

Pour le décompte final 2006, l'émetteur ne paie pas plus que le montant calculé selon les chiffres 13.1 b) et 13.2 b) plus 10%

Pour le décompte final 2007, l'émetteur ne paie pas plus que le montant calculé selon les chiffres 13.1 b) et 13.2 b) plus 20%

Pour le décompte final 2008, l'émetteur ne paie pas plus que le montant calculé selon les chiffres 13.1 b) et 13.2 b) plus 30%

Pour le décompte final 2009, l'émetteur paie le montant calculé selon les chiffres 13.1 a) et 13.2 a).

c) *Programmes de télévision*

14 Le pourcentage s'élève pour les droits d'auteur sur la musique

- programmes dont plus d'un tiers du temps d'émission est consacré à des films musicaux, des films de concert ou des vidéo-clips 3.3 %
- programmes contenant presque exclusivement des longs-métrages et des téléfilms 1.32 %
- programmes dans lesquels la durée de la musique ne dépasse pas 10% de la durée totale d'émission, indépendamment du fait qu'il s'agisse de musique de premier plan ou de fond 0.4 %
- programmes avec une durée de musique de plus de 10%, mais ne dépassant pas 20%, indépendamment du fait qu'il s'agisse de musique de premier plan ou de fond 1 %
- autres programmes 2 %

15 Pour les droits voisins, le pourcentage s'élève à

- programmes dont plus d'un tiers du temps d'émission est consacré à des films musicaux, des films de concert ou des vidéo-clips 1.0 %
- programmes contenant presque exclusivement des longs-métrages et des téléfilms 0.06 %
- programmes dans lesquels la durée de la musique ne dépasse pas 10% de la durée totale d'émission, indépendamment du fait qu'il s'agisse de musique de premier plan ou de fond 0.12 %
- programmes avec une durée de musique de plus de 10%, mais ne dépassant pas 20%, indépendamment du fait qu'il s'agisse de musique de premier plan ou de fond 0.18 %
- autres programmes 0.36 %

16 On considère comme "programme" de télévision le temps habituel de diffusion sans les images-test, images fixes ou de textes.

Si un émetteur perçoit cependant des recettes de l'émission d'images fixes ou de textes (p. ex. des recettes de publicité, sponsoring etc.) et si ces émissions sont accompagnées de musique et/ou de phonogrammes disponibles dans le commerce, elles sont considérées comme partie intégrante du programme et prises en compte dans le calcul du pourcentage conformément aux chiffres 14 et 15.

d) *Redevance minimale*

17 La redevance s'élève, par mois, au moins à

- pour les émetteurs de radio

CHF 330.- pour les droits d'auteur Fr. 100.- pour les droits voisins

pour les webradios jusqu'à 25 connections simultanées possibles

CHF 100.- pour les droits d'auteur Fr. 30.- pour les droits voisins

pour les webradios avec plus de 25 connections simultanées possibles

CHF 200.- pour les droits d'auteur Fr. 60.- pour les droits voisins

- pour les émetteurs de télévision

CHF 40.- pour les droits d'auteur Fr. 12.- pour les droits voisins

Si l'activité d'émission/de communication se limite à quelques jours ou quelques heures, 1/30 de la redevance minimale s'applique par tranche de 24 heures. Chaque bloc de 24 heures entamé compte comme un bloc entier.

e) *Supplément en cas de violation du droit*

18 Toutes les redevances mentionnées dans ce tarif sont doublées si

- de la musique est utilisée sans l'autorisation de SUISA
- un émetteur fournit des données ou décomptes inexacts ou lacunaires en connaissance de cause ou par négligence grossière; le doublement de la redevance est appliqué aux données fausses, lacunaires ou manquantes.

19 Une prétention à des dommages-intérêts supérieurs demeure réservée.

f) *Impôts*

20 Les redevances sont comprises sans une éventuelle taxe sur la valeur ajoutée, laquelle est ajoutée au taux en vigueur et payable par l'émetteur.

E. Décompte

21 Les émetteurs communiquent normalement chaque année à SUISA

- aussi rapidement que possible, toutefois au plus tard à la fin mai: toutes les données nécessaires au calcul de la redevance pour l'année précédente
- dans les deux premières années d'exploitation, puis sur demande, jusqu'à fin janvier: les revenus budgétisés et la part de musique probable pour l'année en cours ainsi que la part probable de phonogrammes et vidéogrammes protégés disponibles sur le marché.

22 Afin de contrôler les données, SUISA peut exiger des justificatifs, en particulier le bilan et le compte d'exploitation de l'émetteur et des sociétés de production ou d'acquisition de publicité ainsi que des confirmations de leurs organes de contrôle. S'agissant des

sociétés de production ou d'acquisition de publicité, les données doivent concerner le financement de l'activité d'émission au sens du ch. 9.2 du tarif.

SUISA peut également avoir accès à la comptabilité de l'émetteur, sur avertissement préalable et pendant les heures de bureau. S'agissant des sociétés de production et d'acquisition de publicité, l'examen des données nécessaires au décompte peut avoir lieu par l'intermédiaire d'un spécialiste indépendant.

F. Paiement

23 Les redevances sont payables dans les 30 jours ou aux dates fixées dans l'autorisation.

24 SUISA peut exiger des acomptes sur le montant probable de la redevance et/ou d'autres garanties

En règle générale, les acomptes sont fixés pendant les deux premières années d'exploitation sur la base du montant probable des redevances, ensuite sur la base du décompte de l'année précédente.

G. Relevés

25 Dans la mesure où l'autorisation ne contient pas de dispositions contraires, les émetteurs font parvenir à SUISA les données suivantes:

a) Radio

26 Les émetteurs déclarent à SUISA la musique, respectivement les phonogrammes et vidéogrammes, diffusés dans leurs programmes.

27 Les données comportent

- Titre de l'œuvre musicale
- Nom du compositeur
- Nom de l'interprète
- Label et N° de catalogue des phonogrammes utilisés ou un autre code d'identification
- Heure d'émission
- Durée d'émission des œuvres et phonogrammes diffusés durant la période de décompte.

28 Au lieu de déclarations concernant chaque phonogramme diffusé, les parties peuvent convenir d'autres modalités de relevés pour déterminer l'ampleur d'utilisation des phonogrammes protégés et le genre de ceux-ci.

29 Les émetteurs communiquent à SUISA, sur demande, tous les spots publicitaires diffusés, identifiés selon

- le titre des émissions publicitaires
- le produit ou service pour lequel est faite la publicité
- la firme qui fait la publicité pour son produit ou son service.

Pour les spots publicitaires que l'émetteur produit lui-même sur mandat, la déclaration selon tarif PN de SUISA suffit.

b) Télévision

30 Les émetteurs de télévision communiquent à SUISA tous les longs-métrages, téléfilms et films documentaires, qui sont diffusés, et qui ont été fabriqués par des tiers sans avoir été commandés par l'émetteur, avec les données suivantes:

- Titre original du film
- Nom du producteur
- Pays d'origine du film
- Durée d'émission
- Heure d'émission
- Support utilisé pour la diffusion

31 Les émetteurs de télévision veillent à ce que tous les films publicitaires prévus pour la diffusion et pour lesquels il n'existe pas encore d'attestation (numéro SUISA), soient déclarés à l'avance à SUISA.

32 SUISA accorde aux émetteurs de télévision un « bon à diffuser » (numéro SUISA), les libérant ainsi de toutes revendications de tiers en ce qui concerne les droits de diffusion de la musique.

33 L'accord de SUISA, à moins de communication contraire, est considéré comme octroyé au bout de 10 jours après réception de la déclaration. Les émetteurs de télévision ne diffusent pas de films publicitaires pour lesquels ils ne disposent pas de l'attestation de SUISA.

34 Les émetteurs de télévision déclarent mensuellement à SUISA, combien de fois et sur quels programmes de télévision quels films publicitaires ont été diffusés.

35 Les émetteurs de télévision déclarent en outre à SUISA la musique qu'eux-mêmes ou leurs mandataires choisissent pour la sonorisation de leurs émissions ainsi que les œuvres musicales diffusées lors des retransmissions de concerts, avec les données indiquées au chiffre 30.

36 Les émetteurs couvrant une région linguistique et les émetteurs internationaux transmettent à SUISA les données complètes sur toute la musique diffusée.

c) Dispositions communes

37 Les programmes repris régulièrement d'autres émetteurs doivent être communiqués à SUISA avec les données suivantes

- Nom de l'émetteur
- Nombre d'heures d'émission des programmes repris.

38 Les émetteurs envoient leurs déclarations selon les chiffres 25 à 37 sous forme électronique dans un format standardisé permettant l'importation.

d) Echéances

39 Toutes les données doivent parvenir à SUISA une fois par mois, au plus tard toutefois jusqu'à la fin du mois suivant.

- 40 Si les relevés et déclarations ne sont toujours pas communiqués après un délai supplémentaire imparti par un rappel écrit, SUISA et/ou SWISSPERFORM peuvent estimer les données manquantes qui sont nécessaires au calcul de la redevance. Elle peuvent au surplus exiger une redevance supplémentaire de Fr. 100.- par mois. Cette dernière est doublée en cas de récidive. Sont réservées les mesures prévues au chiffre 18.

H. Durée de validité

- 41 Le présent tarif est valable du 1^{er} janvier 2005 au 31 décembre 2009.

- 42 Il peut être révisé avant son échéance en cas de modification profonde des circonstances.

Il peut être révisé avant son échéance dans n'importe quel cas, pour les programmes de télévision qui contiennent des films musicaux, des films de concerts ou des vidéo-clips pour plus de 2/3 de leur temps d'émission.

SUISA

Società svizzera per i diritti degli autori di opere musicali

versione del 19 maggio 2004

SWISSPERFORM

Società svizzera per i diritti di protezione affini

Tariffa comune S**Emittenti****A. Sfera di clienti**

- 1 La presente tariffa concerne quelle imprese che trasmettono programmi radiofonici e/o televisivi o che li inseriscono direttamente nelle reti cavo.
Esse vengono qui di seguito denominate "Emittenti".
- 2 Vengono equiparate alle emittenti ai sensi di questa tariffa le persone o le imprese che diffondono in simultanea ed in maniera inalterata attraverso Internet o altre reti IP opere protette e prestazioni sotto forma di programmi radio o televisivi o sotto qualsiasi altra forma.

B. Oggetto della tariffa

- 3 Oggetto della tariffa è l'utilizzazione
 - delle opere protette in base al diritto d'autore, del settore musicale non teatrale, con o senza testo, annoverate nel repertorio mondiale gestito dalla SUISA (denominate "musica")
 - dei supporti sonori o audiovisivi in commercio, protetti in base a diritti di protezione affini (Art. 35 LDA).
- 4 Oggetto della tariffa sono le seguenti utilizzazioni:
 - emissione (via terrestre, immissione diretta e diffusione nelle reti cavo o via satellite)
 - immissione e diffusione simultanea ed inalterata (rendere percepibili) di opere e prestazioni in Internet e in altre reti IP effettuata dall'emittente parallelamente all'emissione (Simulcasting)
 - immissione diretta e diffusione (rendere percepibili) di opere e prestazioni in Internet e in altre reti IP senza emissione parallela (Webcasting)
 - per quanto riguarda i diritti d'autore relativamente alla musica: registrazione o copiatura su supporti sonori o audiovisivi *da parte dell'emittente*; supporti utilizzabili soltanto per emissioni e diffusioni in base a questa tariffa e per trasmissioni di altre emittenti con le quali la SUISA o una delle sue società consorelle estere ha stipulato un contratto; per tutte le altre utilizzazioni occorre un'autorizzazione speciale della SUISA.
 - per quanto riguarda i diritti di protezione affini, i diritti al compenso conformemente all'art. 35 cpv. 1 LDA per l'utilizzazione di un supporto sonoro e audiovisivo protetto disponibile in commercio.

Per quanto riguarda la diffusione di prestazioni nelle reti cavo e/o su Internet, la presente tariffa disciplina solo le diffusioni in Svizzera e nel Liechtenstein. L'indennità concerne nella fattispecie solo le utilizzazioni effettuate in base all'art. 35 della LDA svizzera e all'art. 41 della LDA del Liechtenstein.

- 5 La SUISA e la SWISSPERFORM non detengono i diritti della personalità degli aventi diritto: l'emittente rispetta questi diritti della personalità, in specie in caso di sonorizzazione di prodotti audiovisivi.

La SWISSPERFORM non detiene i diritti esclusivi degli interpreti e dei produttori di supporti sonori.

Per la sonorizzazione di film, serie televisive, trasmissioni pubblicitarie e produzioni analoghe a carattere pubblicitario, occorre sempre un'autorizzazione speciale delle società di gestione o degli aventi diritto.

- 6 Sono escluse dalla tariffa le altre emissioni e diffusioni previste in altre tariffe, in particolare
- le emissioni della SSR,
 - le emissioni e diffusioni di cosiddetti programmi Pay-Radio e Pay-TV
 - la ridiffusione di emissioni in reti cavo e tramite riemittenti
 - la diffusione tramite reti che permettono di richiamare individualmente, in un qualsiasi momento e da un qualsiasi luogo, opere e prestazioni protette in base al diritto d'autore (p.es. servizi on-demand, richiamo in differita di emissioni)
 - messa a disposizione di emissioni in differita

C. Società di gestione, punto di pagamento collettivo

- 7 Per quanto concerne questa tariffa, la SUISA è rappresentante e punto di pagamento collettivo anche per la SWISSPERFORM.

D. Indennità

a) Base del calcolo

- 8 L'indennità viene di regola calcolata in valori percentuali degli introiti dell'emittente (ferma restando la cifra 11).
- 9.1 Per introiti ai sensi della tariffa s'intendono tutte le entrate dell'emittente provenienti dalla sua attività specifica, in specie
- gli introiti pubblicitari
 - gli introiti provenienti dall'emissione di comunicazioni e annunci
 - i contributi di sponsor
 - prestazioni ottenute via Bartering (vale a dire il valore netto della prestazione messa a disposizione del cliente)
 - gli introiti provenienti da attività svolte all'esterno (per es. emissioni da fiere, esposizioni, kermesse, ecc.

- gli introiti provenienti dalle partecipazioni dei radioascoltatori/telespettatori (numeri di telechiosco e a pagamento; p.es. voto per sms). Vengono considerati introiti gli importi che affluiscono alle emissioni.
 - gli introiti provenienti dalle concessioni (quota di concessione, Art. 17 LRTV)
 - aiuti finanziari (Art. 20 LRTV)
 - le sovvenzioni, le garanzie di deficit richieste e altri stanziamenti destinati al finanziamento dell'attività d'emissione.
- 9.2 Per introiti ai sensi della cifra 9.1 della presente tariffa si intendono anche quelli di ditte di terzi, in particolare di produttori o di ditte di acquisizione della pubblicità, purché vengano percepiti a titolo dell'attività di emissione/di diffusione dell'emittente.
- 10 Dagli introiti si possono dedurre i costi effettivi dell'acquisizione pubblicitaria (pubblicità, sponsoring, comunicazioni e annunci) al massimo tuttavia il 40% degli importi pagati dagli inserzionisti.
- 11 L'indennità è calcolata in valori percentuali dei costi (costi di tutte le attività necessarie all'emissione) dell'emittente
- quando gli introiti non sono accertabili o non ve ne sono
 - quando l'emittente presume di poter coprire i costi completamente o in parte di tasca sua.
- 12 Se l'emittente diffonde parecchi programmi autonomi, gli introiti o le spese vengono attribuiti, nei limiti del possibile, ai programmi a cui fanno capo. Le disposizioni qui di seguito sulle percentuali o l'indennità minima devono essere applicate distintamente ad ogni programma. La designazione "emittente" si riferisce qui di seguito anche alle unità d'impresa di un emittente che diffondono autonomamente un programma soggetto a conteggio conformemente alle suddette disposizioni.
- 12.1 Se l'emittente percepisce il totale dei suoi introiti, questi vengono ripartiti sui diversi programmi in rapporto ai costi confermati dall'organo di controllo dell'emittente.

b) Programmi radiofonici

13 La percentuale ammonta per

13.1 *Diritti d'autore sulla musica*

13.1.a Emittenti con introiti pubblicitari netti superiori a 2.5 milioni di Fr. all'anno.

Programmi la cui parte di musica protetta rispetto alla durata d'emissione è di	
meno del 20%	1%
dal 20% fino a meno del 30%	2%
dal 30% fino a meno del 40%	3%
dal 40% fino a meno del 50%	4%
dal 50% fino a meno del 60%	5%
dal 60% fino a meno del 70%	6%
dal 70% fino a meno del 80%	7%
dal 80% fino a meno del 90%	8%
dal 90% e oltre	9%

13.1.b Emittenti con introiti pubblicitari netti inferiori a 2.5 milioni di Fr. all'anno.

Programmi la cui parte di musica protetta rispetto alla durata d'emissione è di

meno del 10%	1%
dal 10% fino a meno del 30%	2%
dal 30% fino a meno del 50%	3%
dal 50% fino a meno del 70%	5%
dal 70% fino a meno del 90%	7%
dal 90% e oltre	9%

13.1.c Come parte di musica protetta si intende la parte di musica protetta in base al diritto d'autore trasmessa dall'emittente rispetto alla durata totale d'emissione, ivi compresa la musica contenuta nelle riprese d'emissione e di programma interne ed esterne.**13.2 Diritti di protezione affini****13.2.a Emittenti con introiti pubblicitari netti superiori a 2.5 milioni di Fr. all'anno.**

Programmi la cui parte di supporti sonori in commercio protetti, rispetto alla durata d'emissione è di

meno del 20%	0.3%
dal 20% fino a meno del 30%	0.6%
dal 30% fino a meno del 40%	0.9%
dal 40% fino a meno del 50%	1.2%
dal 50% fino a meno del 60%	1.5%
dal 60% fino a meno del 70%	1.8%
dal 70% fino a meno del 80%	2.1%
dal 80% fino a meno del 90%	2.4%
dal 90% e oltre	2.7%

13.2.b Emittenti i cui introiti pubblicitari al netto sono inferiori a 2.5 milioni di Fr. all'anno.

Programmi la cui parte di supporti sonori in commercio protetti, rispetto alla durata d'emissione è di

meno del 10%	0.3%
dal 10% fino a meno del 30%	0.6%
dal 30% fino a meno del 50%	0.9%
dal 50% fino a meno del 70%	1.5%
dal 70% fino a meno del 90%	2.1%
dal 90% e oltre	2.7%

13.2.c Come parte di supporti sonori in commercio protetti si intende la parte di supporti sonori in commercio protetti in base al diritto d'autore trasmessa dall'emittente rispetto alla durata d'emissione totale, ivi compresi i supporti sonori in commercio contenuti nelle riprese d'emissione e di programma interne ed esterne.**13.3 Riduzione per emittenti finanziariamente deboli**

Emittenti radio con sola diffusione locale ricevono sulle percentuali di indennità menzionate alla cifra 13.1.a e 13.2.a una riduzione del 10%, a patto che gli introiti non superino i Fr. 700'000.- all'anno.

13.4 Regolamentazione transitoria per le emittenti con introiti pubblicitari netti superiori a 2.5 milioni di CHF all'anno:

Per queste emittenti viene altresì approntata ogni anno una fattura conformemente alle cifre 13.1 b) e 13.2 b).

Per il conteggio finale del 2005, l'emittente versa l'importo minore rispetto ai due conteggi.

Per il conteggio finale del 2006, l'emittente non versa più dell'importo calcolato alle cifre 13.1 b) e 13.2 b) più il 10%

Per il conteggio finale del 2007, l'emittente non versa più dell'importo calcolato alle cifre 13.1 b) e 13.2 b) più il 20%

Per il conteggio finale del 2008, l'emittente non versa più dell'importo calcolato alle cifre 13.1 b) e 13.2 b) più il 30%

Per il conteggio finale del 2009, l'emittente versa l'importo calcolato alle cifre 13.1 a) e 13.2 a)

c) *Programmi televisivi*

14 La percentuale per diritti d'autore sulla musica ammonta a

- programmi, nei quali vengono trasmessi per oltre 1/3 della durata d'emissione film musicali, concerti o videoclip 3.3%
- programmi nei quali vengono trasmessi quasi esclusivamente film e film televisivi 1.32%
- programmi nei quali la durata della musica non supera il 10% della durata d'emissione complessiva, indipendentemente dal fatto che si tratti di musica di sottofondo o di primo piano 0.4%
- programmi, nei quali la durata della musica supera il 10% ma non oltrepassa il 20%, indipendentemente dal fatto che si tratti di musica di sottofondo o di primo piano 1%
- altri programmi 2%

15 Per i diritti di protezione affini la percentuale ammonta a

- programmi nei quali per oltre 1/3 della durata d'emissione vengono trasmessi film musicali, film di concerti o videoclip 1.0%
- programmi, nei quali vengono trasmessi quasi esclusivamente film e film televisivi 0.06%
- programmi nei quali la durata della musica non supera il 10% dell'intera durata d'emissione, indipendentemente dal fatto che si tratti di musica di sottofondo o di primo piano 0.12%
- programmi con una durata della musica di più del 10%, ma di non più del 20%, indipendentemente dal fatto che si tratti di musica di sottofondo o di primo piano 0.18%
- altri programmi 0.36%

16 Un "programma" televisivo è la durata d'emissione dei programmi come pubblicata, senza immagini di prova, di testo o di monoscopio.

Se un emittente tuttavia percepisce degli introiti dall'emissione di immagini di testo o di monoscopio (per es. introiti pubblicitari, sponsoring, ecc.) e se queste emissioni sono accompagnate da musica e/o supporti sonori disponibili in commercio, vengono considerate come parte integrante del programma e prese in considerazione nel calcolo della percentuale conformemente alle cifre 14 e 15.

c) *Indennità minima*

17 L'indennità ammonta al mese, ad almeno

- per emittenti radio:

Fr. 330.- per i diritti d'autore Fr. 100.- per i diritti affini

- per le radio web con fino a 25 accessi possibili contemporaneamente:

Fr. 100.- per i diritti d'autore Fr. 30.- per i diritti affini

con oltre 25 accessi possibili contemporaneamente:

Fr. 200.- per i diritti d'autore Fr. 60.- per i diritti affini

- per emittenti televisive:

Fr. 40.- per i diritti d'autore Fr. 12.- per i diritti affini

Se l'attività d'emissione/ di diffusione si limita a determinati giorni o determinate ore, viene applicata un'indennità di un trentesimo dell'indennità minima per 24 ore. Ciascun blocco di 24 ore iniziato viene calcolato come blocco intero.

e) Supplemento in caso di violazioni della legge

- 18 Tutte le indennità citate in questa tariffa raddoppiano, allorquando
- della musica viene utilizzata senza l'autorizzazione della SUISA
 - un emittente fornisce intenzionalmente o per colpa grave indicazioni o conteggi inesatti o incompleti; il raddoppio è calcolato per i dati inesatti, incompleti o mancanti.
- 19 Rimane riservato un risarcimento danni eccedente.

f) Imposte

- 20 Le indennità si intendono senza un'eventuale imposta sul valore aggiunto che viene sommata all'importo al tasso in vigore e che dev'essere versata dall'emittente.

E. Conteggio

- 21 Di regola le emittenti comunicano alla SUISA ogni anno
- il più presto possibile, tuttavia al più tardi entro la fine di maggio: tutte le indicazioni necessarie per il calcolo dell'indennità per l'anno precedente
 - nei primi due anni d'esercizio, in seguito a richiesta, entro la fine di gennaio: gli introiti preventivati e la presumibile parte di musica per l'anno in corso, come pure la presumibile parte di supporti sonori e audiovisivi in commercio.
- 22 La SUISA può richiedere dei giustificativi per scopi di verifica delle indicazioni, in particolare bilancio e conto d'esercizio e una conferma da parte dell'organo di controllo dell'emittente nonché delle società di produzione e di acquisizione, purché nel caso di queste ditte si tratti di indicazioni concernenti il finanziamento dell'attività propria dell'emittente in base alla cifra 9.2 della tariffa.

La SUISA può inoltre prendere visione dei libri contabili dell'emittente, purché nelle ore di lavoro o previo preavviso. La verifica dei dati rilevanti per il conteggio di ditte di produzione e di acquisizione può essere effettuata da uno specialista imparziale.

F. Pagamento

- 23 Le indennità vanno pagate entro 30 giorni dalla fatturazione o entro i termini fissati nell'autorizzazione.
- 24 La SUISA può richiedere acconti e/o altre garanzie.
- Per i primi due anni d'esercizio gli acconti sono di regola calcolati in base all'indennità approssimativa dovuta; in seguito in base al conteggio dell'anno precedente.

G. Elenchi

- 25 Se l'autorizzazione non prevede diversamente, le emittenti comunicano alla SUISA quanto segue purché sia loro possibile e nei limiti del ragionevole:

a) Radio

- 26 Le emittenti comunicano alla SUISA la musica o i supporti sonori e audiovisivi trasmessi nei loro programmi.
- 27 Le indicazioni contengono
- il titolo dell'opera musicale
 - il nome del compositore
 - il nome dell'interprete
 - etichetta e no. di catalogo dei supporti sonori utilizzati o un altro codice d'identificazione
 - ora d'emissione
 - durata d'emissione delle opere e dei supporti sonori trasmessi nel periodo di tempo dell'accertamento.
- 28 In luogo della notifica dei singoli supporti sonori trasmessi, le parti possono pattuire anche altre modalità d'accertamento relativamente al volume e al modo dell'utilizzazione dei supporti sonori protetti.
- 29 Su richiesta, le emittenti comunicano alla SUISA tutti gli spot pubblicitari trasmessi, in particolare indicando
- titolo dell'emissione pubblicitaria
 - prodotto o servizio reclamizzato
 - ditta che reclamizza il prodotto o il servizio.

Per gli spot pubblicitari, prodotti su ordine di terzi dall'emittente stessa, è sufficiente la dichiarazione secondo la tariffa PN della SUISA.

b) Televisione

- 30 Le emittenti televisive comunicano alla SUISA tutti i film, film televisivi e documentari trasmessi, prodotti da terzi e non su ordine dell'emittente, forniti delle indicazioni seguenti
- titolo originale del film
 - nome del produttore
 - paese d'origine del film
 - durata d'emissione
 - ora d'emissione
 - supporti utilizzati per la trasmissione
- 31 Le emittenti televisive si preoccupano a che tutti i film pubblicitari previsti per la trasmissione e che non sono ancora forniti di un'attestazione (cosiddetto numero SUISA), vengano notificati preventivamente.
- 32 La SUISA accorda alle emittenti televisive il "Visto per l'emissione " (cosiddetto numero SUISA) liberandole così da ogni rivendicazione di terzi relativamente ai diritti di emissione musicali.
- 33 Senza avviso contrario entro 10 giorni dal ricevimento della dichiarazione, l'autorizzazione della SUISA è da considerarsi rilasciata. Le emittenti televisive non trasmettono film pubblicitari per i quali non dispongono di un'attestazione della SUISA.

- 34 Le emittenti televisive comunicano alla SUISA, con scadenza mensile, con quale frequenza e su quali programmi televisivi quali film pubblicitari sono stati trasmessi.
- 35 Inoltre comunicano alla SUISA la musica scelta da loro o dai loro mandatari per la sonorizzazione delle proprie emissioni, come pure la musica delle emissioni di concerti, con le indicazioni menzionate sotto cifra 30.
- 36 Le emittenti di una regione linguistica e le emittenti internazionali fanno pervenire alla SUISA i dati completi riguardanti la musica diffusa.

c) Disposizioni comuni

- 37 I programmi ripresi regolarmente da altre emittenti vanno comunicati alla SUISA forniti delle seguenti indicazioni
- nome dell'emittente
 - numero delle ore di emissione dei programmi ripresi.
- 38 Le emittenti inviano le loro dichiarazioni conformemente alla cifre 25-37 in forma elettronica in un formato standardizzato importabile.

d) Scadenze

- 39 Tutte le indicazioni vanno inoltrate mensilmente alla SUISA entro la fine del mese successivo.
- 40 Qualora gli elenchi non venissero inoltrati neanche dopo un sollecito per iscritto entro il termine stabilito, la SUISA e/o la SWISSPERFORM può procedere alla stima delle indicazioni mancanti, rilevanti per il calcolo dell'indennità. Essa può inoltre richiedere un'indennità supplementare pari a Fr. 100.- per mese, raddoppiata in caso di recidiva. Rimangono riservate le misure citate alla cifra 18.

H. Periodo di validità

- 41 La presente tariffa è valida dal 1° gennaio del 2005 al 31 dicembre del 2009.
- 42 In caso di cambiamento sostanziale delle circostanze, essa può essere rimaneggiata prima della scadenza.
- Essa può in ogni caso essere riveduta per quei programmi televisivi che comprendono per oltre 2/3 della durata d'emissione dei film musicali, film di concerti o videoclip.

II. Die Schiedskommission zieht in Erwägung:

1. Der Antrag der beiden Verwertungsgesellschaften SUISA und Swissperform auf Genehmigung eines neuen *Gemeinsamen Tarifs S* in der Fassung vom 19. Mai 2004, der ab dem 1. Januar 2005 den bisherigen Tarif ablösen soll, wurde bei der Schiedskommission am 24. Juni 2004 und somit innert der gemäss Art. 9 Abs. 2 URV erstreckten Frist eingereicht. Ebenso hat die Union romande de radios et de télévisions régionales (RRR) ihre Vernehmlassung fristgerecht zugestellt. Aus den Gesuchsunterlagen geht zudem hervor, dass die Verhandlungspflicht gemäss Art. 46 Abs. 2 URG von den beiden Gesuchstellerinnen wahrgenommen worden ist.
2. Die Schiedskommission genehmigt einen ihr vorgelegten Tarif, wenn er in seinem Aufbau und in den einzelnen Bestimmungen angemessen ist (Art. 59 Abs. 1 URG), wobei sich die Angemessenheit nach Art. 60 URG richtet.

Gemäss ihrer langjährigen Rechtsprechung muss sich die Schiedskommission nicht zur Angemessenheit eines Tarifs äussern, wenn die vom Tarif unmittelbar betroffenen massgebenden Nutzerverbände mit der getroffenen Regelung einverstanden sind, wird doch die Zustimmung zu einem Tarif grundsätzlich als Indiz für dessen Genehmigungsfähigkeit aufgefasst. Den Akten ist zu entnehmen, dass Telesuisse, die Union nicht-kommerzorientierter Lokalradios (UNIKOM) sowie der Verband Schweizer Privatradios (VSP) im Rahmen der Verhandlungen dem *GT S* in der vorgelegten Fassung als Kompromissvorschlag zugestimmt haben. Dagegen hat RRR mit Schreiben vom 16. Juni 2004 an die SUISA mitgeteilt, dass der Tarif nicht gänzlich zufrieden stellend sei, dessen Weiterleitung an die Schiedskommission aber akzeptiert werde. Dabei behielt sich RRR vor, der Schiedskommission ergänzende Kommentare zum Tarif aus der Sichtweise der Nutzer mitzuteilen. In ihrer Vernehmlassung vom 16. August 2004 beantragt RRR allerdings gegenüber der Schiedskommission, die geltende Regelung sei nicht zu ändern.

Damit muss die Schiedskommission den vorgelegten Tarif im Hinblick auf die Einwände von RRR prüfen. Zusätzlich muss sie sich auf Antrag der Verwertungsgesellschaften zu ihrer Zuständigkeit hinsichtlich des Einbezugs von 'sendeähnlichen' Mitteilungstatbeständen im Internet (Simulcasting und Webcasting) sowie zur neu aufgenommenen Regelung betreffend Mindestentschädigungen äussern.

3. Hinsichtlich der Einwände von RRR gegen den zur Genehmigung vorgelegten *GT S* ist zunächst festzuhalten, dass diese sehr pauschal und wenig substantiiert sind. RRR scheint vor allem zu kritisieren, dass der neue Tarif zu höheren Vergütungen führt. Dabei zielt der Verband offenbar auf sämtliche im *GT S* enthaltenen neuen Vergütungen ab; jedenfalls gibt er keine näheren Präzisierungen, was ihn besonders stört. Aber auch die in Ziff. 9.1 des Tarifs vorgenommene Ergänzung der tarifrelevanten Einnahmen hat offensichtlich hinsichtlich der so genannten Gegengeschäfte zu Unklarheiten geführt.

Obwohl dies somit nicht konkret geltend gemacht wird, ist – gestützt auf den Umstand, dass RRR die Beibehaltung des bisherigen Tarifs verlangt – davon auszugehen, dass sich der Einwand vor allem gegen die Neuregelung in Ziff. 13 und damit auf die Prozentsätze für Radioprogramme sowohl bei der Verwendung von Urheberrechten an Musik (Ziff. 13.1) sowie von verwandten Schutzrechten (Ziff. 13.2) bezieht. Jedenfalls sind die Ansätze für Fernsehprogramme (Ziff. 14 und 15) bis auf zwei Ausnahmen (Erhöhung von 1,2 auf 1,32 Prozent bei Programmen, in denen fast ausschliesslich Spiel- und Fernsehfilme gezeigt werden sowie der Streichung der separaten Entschädigung für Standbilder) unverändert geblieben. Soweit der Einwand auch die in Ziff. 17 des Tarifs geregelte Mindestentschädigung betreffen könnte, siehe unter Ziff. II/5 hinten.

Die Schiedskommission zweifelt nicht daran, dass das wirtschaftliche Umfeld für die Sender in letzter Zeit schwieriger geworden ist. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Ziff. 13 des Tarifs Prozentsätze enthält, die grundsätzlich an die Nettowerbeeinnahmen anknüpfen. Damit werden diese Vergütungen in Relation zu den Einnahmen eines Senders gebracht; was letztlich bedeutet, dass die wirtschaftliche Situation der Sender bei der zahlen-

mässigen Festlegung der Vergütungen mitberücksichtigt wird. So nimmt bei weniger Einnahmen automatisch die Höhe der zu bezahlenden Vergütung gemäss *GT S* ab. Damit ist der *GT S* unmittelbar an die wirtschaftliche Entwicklung gebunden. Die von RRR vorgebrachten ökonomischen Argumente sprechen somit nicht zwingend gegen die vorgenommene Neuregelung.

Zudem sieht der neue Tarif eine Änderung bei den Prozentsätzen (Abstufung in 10-Prozentschritten) ohnehin nur bei Sendern mit Nettowerbeeinnahmen von über 2,5 Mio. Franken jährlich vor (vgl. Ziff. 13.1.a und 13.2.a). Bei Sendern mit weniger Einnahmen bleiben die Sätze unverändert und entsprechen somit weiterhin dem bisherigen Tarif. Die Schiedskommission hat bereits in einem früheren Genehmigungsverfahren (vgl. Beschluss vom 9. Dezember 1999 betr. den *GT S*, Ziff. II/3c) feinere Abstufungen, die zu einem nutzungsabhängigeren Tarif führen, grundsätzlich begrüsst. Die neu vorgenommenen Abstufungen können daher nicht als unangemessen bezeichnet werden. Dies vor allem auch, weil sie sich im bisherigen Rahmen bewegen, d.h. für Urheberrechte zwischen 1 und 9 Prozent und für verwandte Schutzrechte zwischen 0,3 und 2,7 Prozent betragen. Es findet somit keine generelle Tarifierhöhung statt und es kann weiterhin von der Angemessenheit des *GT S* gemäss Art. 60 URG ausgegangen werden. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Sender, die sich gerade an einem 'Springpunkt' befinden, durch die verfeinerte Abstufung anders eingestuft werden und daraus tatsächlich individuell eine höhere Entschädigung resultiert. Dies wird aber einerseits dadurch abgefedert, dass die neue und feinere Abstufung nur für Sender mit Nettowerbeeinnahmen von mehr als 2,5 Mio. Franken gilt. Andererseits werden mit der in Ziff. 13.4 getroffenen detaillierten Übergangsregelung für diese Sender sprunghafte Erhöhungen vermieden, was ebenfalls der Praxis der Schiedskommission entspricht. Ausserdem erhalten finanzschwache Sender mit lediglich lokaler Verbreitung gemäss Ziff. 13.3 eine zusätzliche Ermässigung von 10 Prozent.

Auch der Preisüberwacher hat in seiner Stellungnahme die feinere und damit nutzungsabhängigere Abstufung in den Ziff. 13.1.a und 13.2.a begrüsst und darauf hingewiesen, dass

die in diesen Ziffern enthaltene Tariferhöhung gemäss der Übergangsregelung von Ziff. 13.4 ihre volle Wirkung erst 2009 entfalten wird.

Im Übrigen hat RRR nicht darlegen können, dass sie Sender vertritt, welche tatsächlich (und nicht nur virtuell) unmittelbar von der Neuregelung im *GT S* betroffen sind. Gegen die feinere Abstufung in den Ziff. 13.1.a und 13.2.a ist daher nichts einzuwenden.

Gemäss Ziff. 9.1 des Tarifs gehören sämtliche geldwerten Leistungen zu den Einnahmen eines Senders. Diese Regelung entspricht dem vom Bundesgericht bestätigten Bruttoprinzip (zuletzt im Entscheid betr. *GT K* vom 29. Januar 2003, E. 2.2 und 2.3). Auch Gegengeschäfte mit kulturellem Hintergrund können somit unter die relevanten Einnahmen fallen, allerdings nur soweit diese auch eine geldwerte Leistung beinhalten. Im Übrigen dürfte es sich bei der Bewertung allfälliger Gegengeschäfte um eine Frage der Tarifierhebung handeln, die von der Schiedskommission nicht weiter zu prüfen ist.

Somit genügen die von RRR angegebenen Gründe nicht, um dem vorgelegten Tarif die Genehmigung zu verweigern.

4. Gemäss Bundesgericht (vgl. Entscheid betr. *Tarif K* vom 10. Mai 1995, E. 3.b/bb) muss die Schiedskommission aus Gründen der Rechtsklarheit im Sinne einer Vorfrage abklären, welche Teile eines vorgelegten Tarifs der Bundesaufsicht unterliegen und auf welche Teile sich folglich der Genehmigungsentscheid der Kommission bezieht.

Der vorgelegte *GT S* bezieht sich gemäss dessen Ziff. 4 neu auch auf das zeitgleiche und unveränderte Einspeisen und Mitteilen von Werken und Leistungen im Internet und in anderen IP-basierten Netzen durch den Sender parallel zum Senden (sog. *Simulcasting*) sowie das entsprechende direkte Einspeisen und Mitteilen ohne parallele Sendung (sog. *Webcasting*).

Die Schiedskommission hat zu prüfen, ob dieser Sachverhalt der Bundesaufsicht gemäss Art. 40 Abs. 1 URG und damit ihrer Kognition untersteht. Gemäss dieser Bestimmung sind insbesondere die Verwertung der ausschliesslichen Rechte zur Aufführung und Sendung nichttheatralischer Werke der Musik (Art. 40 Abs. 1 Bst. a URG) sowie hinsichtlich der verwandten Schutzrechte der Vergütungsanspruch nach Art. 35 URG (Art. 40 Abs. 1 Bst. b URG) der Bundesaufsicht unterstellt.

Die Lehre hat sich zwar mit der Frage auseinander gesetzt, ob die Übertragung von Radio- und Fernsehsendungen über Internet hinsichtlich der Urheberrechte unter das Senderecht (Art. 10 Abs. 2 Bst. d URG) oder unter das Recht der Wahrnehmbarmachung (Art. 10 Abs. 2 Bst. c URG) fällt, aber diesbezüglich keine eindeutigen Antworten gegeben. So gehen *Barrelet/Egloff* (Das neue Urheberrecht, N 26a zu Art. 10 URG) davon aus, dass die verwendete Streaming-Technik zumindest im Radiobereich eine Übermittlung in Echtzeit erlaubt. Da aber die Wahrnehmung durch Empfängerinnen und Empfänger einen aktiven Abruf erfordere, liegt nach ihrer Auffassung kein eigentlicher Sendevorgang vor. Funktional müsse eher von einer Wahrnehmbarmachung im Sinne von Art. 10 Abs. 2 Bst. c URG gesprochen werden. Sie gehen denn auch davon aus, dass das individuelle Abrufen eines Musikwerkes unter das Aufführungsrecht fällt (vgl. N 22 und N 26 zu Art. 10 URG). Auch *L. Bühler* (Schweizerisches und internationales Urheberrecht im Internet, Univ.-Verl., 1999) hat in seiner Dissertation geprüft, ob die Übermittlung von Werken basierend auf der Streaming-Technik unter das Senderecht fällt (vgl. S. 200 f.). Auch für ihn ist zumindest fraglich, ob der bei einer Sendung vorausgesetzte öffentliche Empfang gegeben ist, da die Weiterleitung des Inhalts durch einen nutzerseitigen Abruf aktiviert wird und danach an die individuelle Zieladresse des Rezipienten erfolgt. Weil eine vom Abruf unabhängige, verteilte Weiterleitung der Signale nicht stattfindet, lässt sich nach seiner Auffassung das Senderecht nicht direkt heranziehen. Eine analoge Anwendung oder erweiternde Auslegung des Senderechts scheint ihm allerdings tragfähig, da sich der Empfänger funktionsgleich zum traditionellen Rundfunk 'zuschalten' könne. Dass der Empfang nicht bloss das Einschalten des Empfangsgerätes und Einstellen des Sendekanals erfordert, sondern durch die Wahl einer Internet-Adresse, d.h. durch Abruf bewerkstelligt wird, darf nach seiner Auffassung nicht zu

einer unterschiedlichen rechtlichen Beurteilung führen. *Bühler* ist allerdings der Meinung, dass die Frage der Subsumierung für das Urheberrecht offen bleiben kann, da sich die Übermittlung von Ton- und Bildmaterialien basierend auf der Streaming-Technik zwanglos als Wahrnehmbarmachung im Sinne von Art. 10 Abs. 2 Bst. c URG qualifizieren lasse. *Dessemontet* (Le droit d'auteur, Lausanne 1999, Rz. 238) subsumiert den fraglichen Sachverhalt ebenfalls eher unter das Wahrnehmbarmachen, wobei er das Aufführungsrecht weit interpretiert und diesem Begriff auch das Recht zum Wahrnehmbarmachen zuordnet (vgl. Rz. 633).

Durch die oben zitierte Lehre ist nicht abschliessend geklärt, ob das so genannte Streaming nun unter Art. 10 Abs. 2 Bst. c (Aufführen) oder Bst. d URG (Senden) fällt. Im Gegensatz zu Art. 11^{bis} RBUE ist der Sendebegriff im schweizerischen Recht allerdings nicht an die Voraussetzung einer drahtlosen Erstaussstrahlung gebunden, hält doch Art. 10 Abs. 2 Bst. d URG ausdrücklich fest, dass eine Sendung auch über Leitung erfolgen kann. Zur Anknüpfung an das Senderecht bzw. zur Abgrenzung gegenüber anderen Tatbeständen der Mitteilung an die Öffentlichkeit könnte daher auch auf die dauernde Sendetätigkeit von einem festen Standort aus sowie die Adressierung an einen nicht zum Voraus bestimmten, grösseren Hörerkreis zwecks Übermittlung eines Programms, d.h. einer gestalteten Abfolge von Inhalten, welche regelmässig geschützte Werke und Leistungen enthalten, abgestellt werden. Diese Kriterien würden zumindest für das Simulcasting eher für eine Subsumierung unter das Senderecht sprechen. Hinsichtlich der nichttheatralischen Werke der Musik fallen indessen sowohl das Aufführungsrecht als auch das Senderecht unter die Bundesaufsicht gemäss Art. 40 Abs. 1 Bst. a URG. Folgt man der weiten Interpretation des Aufführungsrechts, ist die Schiedskommission daher unabhängig von der rechtlichen Qualifikation zur Prüfung der fraglichen Tarifbestimmung zuständig. Dasselbe gilt grundsätzlich auch für die verwandten Schutzrechte, da hier die Verwendung im Handel erhältlicher Ton- oder Tonbildträger sowohl zum Zwecke der Sendung wie auch der Aufführung unter Art. 35 Abs. 1 URG fällt und damit der entsprechende Vergütungsanspruch gemäss Art. 40 Abs. 1 Bst. b URG ebenfalls der Bundesaufsicht unterliegt. Zumindest *Barrelet/Egloff* (vgl. N 8 zu Art. 35) gehen davon aus, dass Art. 35 Abs. 1 URG sämtliche in Art. 10 Abs. 2 Bst. c bis f genannten Nutzungsarten (und somit auch das Wahrnehmbarmachen) enthalten und entsprechend weit aus-

zulegen ist. Aber auch bei Auslegung von Art. 35 URG im Lichte von Art. 12 Rom-Abkommen ist offensichtlich, dass dem ausübenden Künstler bei der Verwendung eines im Handel erhältlichen Tonträgers nicht nur ein Vergütungsanspruch für den Sendetatbestand, sondern für jede Form der unmittelbaren öffentlichen Wiedergabe und somit auch für die Mitteilung über Draht gewährt wird. Aufführen ist somit auch hier entsprechend Art. 12 Rom-Abkommen mit der öffentlichen Wiedergabe gleichzusetzen.

Die Schiedskommission gelangt auf Grund der obigen Erwägungen zur Auffassung, dass sie gemäss Art. 40 Abs. 1 URG zur Prüfung der fraglichen Verwendungen zuständig ist. Dies auch unabhängig von der Frage, ob die entsprechenden Sachverhalte nun unter Art. 10 Abs. 2 Bst. c oder Bst. d fallen. Die Frage der rechtlichen Qualifikation des Streamings muss somit nicht abschliessend geklärt werden und es ist auch hinsichtlich des Mitteilens von Sendeprogrammen (sog. Simulcasting und Webcasting) im Internet von der Angemessenheit des *GT S* auszugehen, zumal die Verhandlungspartner offensichtlich mit der getroffenen Lösung einverstanden sind.

Die Verwertungsgesellschaften schliessen allerdings in Bezug auf die verwandten Schutzrechte neue rechtliche Probleme im grenzüberschreitenden Verkehr bezüglich des anwendbaren Rechts nicht aus. Der Tarif hält indessen ausdrücklich fest, dass hinsichtlich der Mitteilung von Leistungen in Kabelnetzen und/oder im Internet nur Mitteilungen in diesem Tarif geregelt sind, die dem schweizerischen bzw. dem liechtensteinischen Recht unterstehen (vgl. Ziff. 4). *Swissperform* schliesst damit eine Gewährleistung für zusätzliche Vergütungsansprüche bei grenzüberschreitenden Nutzungen aus. Mit dieser Einschränkung kann der Tarif auch unter diesem Gesichtspunkt genehmigt werden.

5. In Ziff. 17 enthält der vorgelegte *GT S* eine Regelung betreffend Mindestentschädigungen. Die Schiedskommission hat mit Beschluss vom 21. November 1995 (vgl. Ziff. II/11) die damaligen Mindestentschädigungen aus dem *GT S* gestrichen. Entsprechende Streichungen wurden auch in weiteren Tarifen (vgl. u.a. *GT Y* vom 3.11.1995, *GT K* vom 8.12.1995, *GT 3b* vom 21.11.1996 oder *GT 5* vom 21.10.1996) vorgenommen. Dabei wurde diese Art der

Entschädigung als fragwürdig bezeichnet, weil auf Grund der mangelnden Transparenz ihre Angemessenheit gemäss Art. 60 URG kaum überprüfbar sei. Die Schiedskommission schloss nicht aus, dass Mindestentschädigungen zu einer Überschreitung der gesetzlich vorgegebenen Limiten der Entschädigungen für Urheberrechte beziehungsweise für nachbarrechtlich geschützte Leistungen führen und lehnte sie ab, falls sie nicht nur ausnahmsweise sondern regelmässig und im Hinblick auf einzelne bestimmte Nutzer zur Anwendung gelangen sollten. Als ungerechtfertigt wurden somit diejenigen Mindestvergütungen angesehen, die sich nicht auf marginale Nutzungstatbestände bezogen, sondern auf die durchschnittliche Nutzung Anwendung fanden. Ein hoher Verwaltungsaufwand der Verwertungsgesellschaften wurde – wie noch unter altem Recht – nicht mehr als Rechtfertigungsgrund für eine Überschreitung der gesetzlich vorgesehenen Höchstbelastung anerkannt. Die Schiedskommission hat aber jeweils nicht ausgeschlossen, dass sich die Einführung oder Beibehaltung einer Mindestvergütung in bestimmten Fällen – insbesondere gestützt auf den Vorbehalt von Art. 60 Abs. 2 zweiter Satz URG – rechtfertigen lässt. Mindestvergütungen sind somit nach Ansicht der Schiedskommission nicht generell unzulässig, sondern können in Randbereichen erlaubt sein; sie dürfen allerdings nicht zur Regel werden. In späteren Beschlüssen wurden Mindestvergütungen vor allem akzeptiert, falls nicht immer die gleiche Nutzerkategorie davon betroffen war (vgl. Entscheid vom 8.12.1995 betr. GT K) oder die Mindestvergütung nicht bestritten wurde (vgl. Beschluss vom 4.12.1998 betr. den GT Hb).

Der Einwand von RRR bezieht sich nicht explizit auf die in Ziff. 17 des *GT S* geregelten Mindestentschädigung. Somit kann in diesem Punkt von einer Einigung unter den Tarifparteien ausgegangen werden, was gemäss Praxis der Schiedskommission die Angemessenheit dieser Bestimmung vermuten lässt. Auf Grund der in einem früheren Verfahren vorgenommenen Streichung der Mindestvergütung in diesem Tarif ist die neu aufgenommene Regelung indessen gleichwohl zu prüfen.

Ziff. 17 des *GT S* sieht monatliche Mindestentschädigungen in unterschiedlicher Höhe für Radio-Sender, Webradios sowie Fernseh-Sender vor. Bei kürzeren Sendetätigkeiten ist gemäss Abs. 2 dieser Bestimmung eine tägliche Abrechnung möglich.

Gestützt auf die Aussagen der Verwertungsgesellschaften geht die Schiedskommission davon aus, dass die im *GT S* neu eingefügte Mindestvergütung nur bei marginalen Nutzungen zur Anwendung gelangt und damit insbesondere nicht ganz bestimmte Nutzerkategorien erfasst werden. Die Entschädigungen sind denn auch so tief angesetzt, dass die Höchstsätze in diesen Fällen kaum überschritten werden, zumal auch eine tägliche Abrechnung möglich ist. Die Aufnahme von Mindestvergütungen in Teilbereichen kann denn auch sinnvoll sein, z. B. bei einer speziellen Sendewoche während eines bestimmten Anlasses oder auch für das Radioprojekt einer Schule, da in diesen Fällen die Abrechnung in Prozenten der Einnahmen gemäss Ziff. 8 des Tarifs wohl zu erheblichen Schwierigkeiten führen dürfte. Die vorgeschlagene Lösung hat deshalb sowohl für die Verwertungsgesellschaften wie auch für die Nutzer Vorteile, da über Minimalbeträge nicht genau abgerechnet werden muss. Kleinere Sender oder Webradios sind denn auch oftmals gar nicht in der Lage, ihre Einnahmen zu beziffern bzw. können keine genauen Angaben über ihre Finanzierung machen. Die vorgesehenen Mindestentschädigungen sind für marginale Nutzungen denn auch nicht als unangemessen anzusehen, da ebenfalls zu berücksichtigen ist, dass bei einer Nutzung im Randbereich der Umfang der genutzten Werke und Leistungen erheblich sein kann. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Mindestentschädigungen relativ tief angesetzt worden sind.

Auf Grund der obigen Erwägungen und des Umstandes, dass auch der Preisüberwacher – der sich in der Vergangenheit mehrmals gegen Mindestentschädigungen in Tarifen ausgesprochen hat – auf die Abgabe einer diesbezüglichen Empfehlung verzichtet hat, wird die entsprechende Bestimmung im Tarif belassen.

Der *GT S* ist somit in der vorgelegten Fassung vom 19. Mai 2004 zu genehmigen.

6. Gemäss Art. 21b URV sind die Verfahrenskosten grundsätzlich von den Verwertungsgesellschaften zu tragen. Die Schiedskommission kann allerdings in begründeten Fällen einem am Verfahren teilnehmenden Nutzerverband einen Teil der Kosten auferlegen.

Die Schiedskommission prüft in der Folge, ob das Verhalten und insbesondere die beiden Schreiben vom 16. Juni und vom 16. August 2004 von RRR Anlass geben, diesem Verband einen Teil der Verfahrenskosten aufzuerlegen. Dabei gelangt die Schiedskommission zur Auffassung, dass diese Schreiben widersprüchlich und unklar formuliert sind. Zumal liess der zuerst erfolgte Vorbehalt, dass gegenüber der Schiedskommission im Rahmen der Vernehmlassung noch weitere Kommentare zum ausgehandelten Tarif vorgebracht werden, nicht auf eine eindeutige Ablehnung dieses Tarifs schliessen. Von einer Tarifpartei darf indessen erwartet werden, dass sie nach den erfolgten Verhandlungen einen Tarif entweder klar ablehnt oder akzeptiert.

Gestützt auf die mit dem Schreiben vom 16. Juni 2004 entstandene unklare Situation wäre es für die Verwertungsgesellschaften aber auch zumutbar gewesen, bei RRR nachzufragen, ob nun Einverständnis zum Tarif vorliegt oder nicht. Das entsprechende Schreiben durfte somit nicht ohne weitere Abklärungen als Zustimmung aufgefasst werden. Die heutige Sitzung wurde indessen nicht allein wegen der fraglichen Stellungnahme von RRR einberufen, sondern auch wegen des Antrags der Verwertungsgesellschaften, es sei die Zuständigkeit der Schiedskommission hinsichtlich Webcasting und Simulcasting abzuklären. Ausserdem wurde anlässlich dieser Sitzung auch die von den Verwertungsgesellschaften erneut in den *GT S* aufgenommene Mindestentschädigung überprüft.

Unter diesen Voraussetzungen wird darauf verzichtet, RRR einen Teil der Verfahrenskosten aufzuerlegen. Die Gebühren und Auslagen dieses Verfahrens richten sich nach Art. 21a Abs. 1 und Abs. 2 Bst. a und d URV und sind somit gemäss Art. 21b URV unter solidarischer Haftung von der SUISA und der Swissperform zu tragen.

III. Demnach beschliesst die Eidg. Schiedskommission:

1. Der *Gemeinsame Tarif S* (Sender) wird in der Fassung vom 19. Mai 2004 und mit der vorgesehenen Gültigkeitsdauer vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2009 genehmigt.

[...]